

# Klarheit schaffen

Bernd Gugel, Stadtrat AL/Grüne, Tübingen

Gesetze sind nicht in Stein gemeißelt und regeln Dinge. Aufgabe der Politik ist es, durch Gesetze zu lenken, und nicht, Missstände zu verwalten. Unsere Verpackungssteuer hat gezeigt, dass so die Lenkung von Einweg- auf Mehrwegverpackung möglich ist und es so weniger Müll in der Stadt gibt. Jetzt wurde sie durch die Klage eines Fastfoodkonzerns in Frage gestellt. Das Verwaltungsgericht vertritt die nirgends niedergeschriebene Auffassung, Kommunen sei es verboten, eigene Maßnahmen zur Abfallvermeidung durch Steuern zu ergreifen. Gegen dieses Urteil hat die Stadt Revision eingelegt. Die Stadträte Gumrich, TüL, und Schöning, FDP, kritisieren OB Palmer, weil er Bundesumweltministerin Lemke geschrieben hat mit der Bitte, eine Klarstellung im Sinne der Gemeinden herbeizuführen. Damit Städte nicht nur für Müllentsorgung zuständig sind, sondern auch Müllvermeidung selbst gestalten können. Die Kollegen Gumrich und Schöning, die die Verpackungssteuer nie wollten, sehen im Brief des OB einen Angriff auf die Gewaltenteilung. Das ist doch mit „Kanonen auf Spatzen“ geschossen. Dieser Brief ist nichts, als dass der OB die Bundesregierung auffordert, durch ein entsprechendes Gesetz Klarheit zu schaffen.